

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 12 und 16 – Schulgesetz und Schülerbeförderung

Dazu sagt der Vorsitzende der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Karl-Martin Hentschel:**

**Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.sh.gruene-fraktion.de](http://www.sh.gruene-fraktion.de)

**Nr. 523.07 / 14.12.2007**

## **Der Ministerpräsident muss seiner Partei endlich die Wahrheit sagen!**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren,

der Ministerpräsident Carstensen hat gestern Abend 20 Uhr gesagt: „Wenn wir schnell fertig werden, ist das ein deutliches Zeichen dafür, dass wir zusammen bis 2010 weitermachen werden.“ Sie sind nicht schnell fertig geworden. Wofür ist das ein Zeichen?

Meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, die Elternbeteiligung an den Schülerbeförderungskosten ist ein sozial- und bildungspolitischer Unsinn. Schon bei der Verabschiedung des Landeshaushaltes war klar, dass die 30prozentige Beteiligung der Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung keine Entlastung der Kommunen, sondern eine massive Belastung der Eltern ist.

In diesem Jahr sollen die Eltern sechs Mio. Euro aufbringen, im nächsten Jahr neun Mio. Euro!

Diese Entscheidung bedeutet, dass in Schleswig-Holstein wieder der Geldbeutel darüber entscheiden kann, welche Schule ein Kind besucht. Ist das Gymnasium zu weit entfernt, müssen Eltern ihre Kinder halt in der Haupt- oder Realschule – oder neu – in der Regionalschule vor Ort anmelden!

So wird die schon bestehende soziale Ungerechtigkeit des deutschen Schulsystems weiter verstärkt.

Gegen die gesetzliche Regelung, auf die sich CDU und SPD geeinigt hatten, liefen die betroffenen Eltern Sturm. Ich habe noch nie in den 11,5 Jahren, in denen ich dem Landtag angehöre, eine solche Welle von Protestresolutionen von kommunalen Gremien erhalten.

1/4

Es ist ein Unsinn, den beide Regierungsfraktionen gemeinsam zu verantworten haben. Denn sie haben dieses Gesetz hier gemeinsam im Landtag verabschiedet.

Da bin ich schon erstaunt, wenn der Landesvorsitzende der SPD sagt: „Die SPD war immer der Auffassung, dass eine stärkere Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten bildungspolitisch falsch und sozial ungerecht ist.“ Warum haben Sie das denn verabschiedet?

Wenn ich mich richtig erinnere, dann waren sich beide Koalitionspartner einig, dass die Eltern bezahlen sollten. Der Streit ging nur darum, wer diese angebliche Kompensation für die Kommunen beschließen sollte.

Die SPD wollte es freiwillig machen, so dass der schwarze Peter bei den Kreisen hängen bleibt. Der Landkreistag und die CDU wollten, dass es der Landtag beschließt, weil sie nicht den Protest vor den Kreistagen haben wollten.

Jetzt so zu tun, als hätte man das gar nicht so gewollt, ist Geschichtsklitterung.

Meine Damen und Herren, das Kalkül der Regierung, dass die Proteste sich tot laufen würden, ist nicht aufgegangen. Im Gegenteil, der Widerstand blieb auf hohem Niveau und erreichte dann mit dem gesetzwidrigen Beschluss im nordfriesische Kreistag hat am 14.9.07 einen Höhepunkt. Damit stellte sich die kommunale Basis von CDU und SPD offen gegen ihre eigene Landesregierung.

Erst kippte die SPD, dann die CDU-geführten Kreistage von Dithmarschen und Nordfriesland und schließlich kapitulierte der Ministerpräsident im Vorfeld des eigenen Parteitag.

Und jetzt? Der Landkreistag hat erklärt, dass die Entscheidungen der Kreistage von Dithmarschen und Nordfriesland – und jetzt Plön, die Elternbeteiligung an den Schulbuskosten nicht umzusetzen, gegen geltendes Recht verstoßen.

In den meisten Kreisen zahlen die Eltern bereits seit Sommer. Das ist für die Familien eine unerträgliche Situation!

Der Kreistag Plön hat mit den Stimmen von Rot-Grün bei Enthaltung der CDU beschlossen, dass das Geld zurückgezahlt wird. Der Landrat und der Kreispräsident Kalinka haben gegen diesen Beschluss Widerspruch eingelegt.

Wir brauchen also schnell Klarheit. Wie lange sollen die Eltern noch zahlen? Bekommen sie ihr Geld zurück? Deswegen haben wir unsere Gesetzesänderung eingebracht.

Jetzt gibt es drei Möglichkeiten:

Die SPD will gar nicht die Elternbeteiligung kippen, sie will die Kreistage entscheiden lassen ohne Kompensation. Dann liegt der schwarze Peter bei den Kreistagen oder die Eltern zahlen weiter. Das wäre ein unerträgliches Drücken vor der Entscheidung!

Die CDU will sogar die Beteiligung an der Schülerbeförderung ganz abschaffen, also auch für die Oberstufen-Schüler. Das ist zwar wünschenswert, kostet aber noch mehr. Sie sagt aber nicht, wer das bezahlt, sondern fordert, die SPD soll das sagen. Das ist

kaum realistisch aber das sagt eine Menge über den Realitätsverlust der CDU als Regierungspartei.

Meine Damen und Herren,  
beenden Sie dieses parteitaktische Verwirrspiel auf dem Rücken der Eltern. Stimmen sie unserer Gesetzesvorlage zu. Der alte Zustand muss wieder hergestellt werden. Die Eltern müssen ihr Geld wieder bekommen. Fangen Sie endlich an, die Bürokratie abzubauen, wie Sie so großmundig versprochen haben, damit die Kosten für die Kreise kompensiert werden können.

Meine Damen und Herren,  
gestatten Sie mir zum Schluss ein paar Anmerkungen zur Situation der Koalition und dem gestrigen Koalitionsausschuss. Der unsinnige Beschluss der Koalition war die Folge einer Kette von Ereignissen, die alle eines gemeinsam haben: Die Realitätsverweigerung der Union und die Unfähigkeit der Unionsspitze und des Ministerpräsidenten, seiner Partei die Wahrheit zu sagen.

Vor der Wahl haben die CDU und der Ministerpräsident sich vehement gegen Einsparungen bei den BeamtInnen, gegen eine Beteiligung der Kommunen an den Lasten, gegen konkrete Einsparungen und gegen eine Verwaltungsreform gestellt. Wider besseres Wissens wurde behauptet, es sei genug Geld da, wir würden nur nicht richtig wirtschaften.

Selbst nach der Wahl trauten Sie sich nicht die Wahrheit zu sagen und die Tabus „keine Kürzungen bei den BeamtInnen und bei den Kommunen“ und „keine Gebietsreform per Gesetz“ wurden sogar in den Koalitionsvertrag geschrieben.

Als dann klar wurde, dass die Realität eine andere ist, mochte der Ministerpräsident seiner kommunalen Basis immer noch nicht die Wahrheit sagen. Mit seiner Zustimmung wurde auf einem CDU-Parteitag beschlossen, die Kürzungen bei den Kommunen zu 100 Prozent zu kompensieren – obwohl jeder wusste, dass das unmöglich ist.

Das einzige, was dann übrig geblieben war, war die Beteiligung der Eltern an der Schülerbeförderung. Niemand wollte sie – sie stand nicht im Koalitionsvertrag. Nur weil Sie sich nicht trauten, ihren Kommunalos die Wahrheit zu sagen, mussten die Eltern von Kindern auf dem Lande bluten. Was für ein Zynismus!

Und der Höhepunkt dieser Entwicklung war nun der letzte CDU-Parteitag. Wieder hat der Ministerpräsident sich nicht getraut, seinen Delegierten die Wahrheit zu sagen, dass die Verwaltungsreform kommen muss und dass für weitergehende Forderungen kein Geld da.

Stattdessen wurde der Eindruck erweckt, die Kreisreform könnte gekippt werden und man könnte die Kostenbefreiung bei der Schülerbeförderung sogar noch ausweiten – ohne zu sagen, wie das bezahlt werden kann. Und jetzt, Herr Ministerpräsident, sind sie wieder ein Gefangener Ihrer eigenen Partei.

Herr Ministerpräsident,  
hören Sie auf, sich selbst, ihrer Parteibasis und den Menschen im Land etwas vorzumachen. Werden Sie endlich regierungsfähig! Einsparkonzepte, Stellenabbau, Kreis- und Kommunalreform, Schulreform – das alles muss entschlossen angepackt bzw. fortgesetzt werden.

Regieren heißt nicht, im Land herum zufahren, launige Reden zu verbreiten und alle Leute tot zu loben. Regieren heißt Entscheidungen zu treffen und diese durchzusetzen, auch und vor allem gegenüber der eigenen Parteibasis.

Regieren heißt, auch die Heckenschützen in der eigenen Fraktion zur Ordnung zu rufen, wenn die jede Woche wieder ein Feuer legen und Alarm rufen.

Wenn Sie dazu nicht in der Lage sind, wenn sie sich nur noch von einem psychologischen Drama mit Herrn Stegner bis zum nächsten Koalitionsausschuss schleppen, dann hören Sie endlich auf und geben den Weg für Neuwahlen frei.

Neuwahlen am 25.5.08 wären eine gute Lösung und die gleichzeitige Kommunalwahl würde direkt einmal Kosten sparen.

\*\*\*